

---

## Hintergrundbriefing

# Gas um jeden Preis: Wie die Gas- und Wasserstoffwirtschaft eine sozialverträgliche Wärmewende torpedieren will

---

Während die angekündigte Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) weiter auf sich warten lässt, hat die Lobbygruppe Gas- und Wasserstoffwirtschaft (vormals bekannt als „Zukunft Gas“) am Montag, den 10. November, ein Positionspapier mit ihren Forderungen vorgelegt. Hinter Schlagwörtern wie *Technologieutralität*, *Vereinfachung* und *Bezahlbarkeit* verbergen sich die **wirtschaftlichen Interessen der Gasbranche**, deren Geschäftsmodell auf der **Bewahrung fossiler Infrastrukturen** beruht. Diese stehen in klarem Widerspruch zur notwendigen Wärmewende, also dem Ausstieg aus fossilen Energieträgern im Gebäudebereich, ohne den die Klimaziele nicht erreichbar sind.

Zur Erinnerung: **Der Gebäudesektor verfehlt derzeit deutlich die Emissionsziele**, um voraussichtlich 110 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent bis 2030.<sup>1</sup> Um die Trendwende zu schaffen, sind enorme Investitionen von Wirtschaftsakteuren und Haushalten nötig, die wiederum Planungssicherheit benötigen. Dafür braucht es einen klaren und verlässlichen Rahmen, dessen Kern die 65%-Erneuerbaren-Regel bildet. Entgegen der Behauptung des Positionspapiers der Gas- und Wasserstoffwirtschaft verunsichert nicht die 2024 in Kraft getretene GEG-Novelle die Modernisierer. Vielmehr sind es die ständigen Angriffe auf dieses Gesetz, Falschinformationen und die **unausgereiften, teils widersprüchlichen Gegenkonzepte**, die sie stützen – wie die im Papier des Verbands der Gas- und Wasserstoffwirtschaft vorgeschlagenen.

Dieses Briefing zeigt, wie die Ansätze der Gas- und Wasserstoffwirtschaft tatsächlich hinter dem vermeintlich konsensfähigen Anstrich einzuordnen sind:

- I. Das zentrale erklärte Ziel ist der **Erhalt der Gasnetze, im völligen Widerspruch zur notwendigen Dekarbonisierung**. Um die Gasinfrastruktur zu rechtfertigen, werden Biogas und Wasserstoff als Zukunftslösungen dargestellt, die angeblich ungerecht benachteiligt seien. Dabei bleiben realistisch prognostizierte, verfügbare Mengen für den Gebäudesektor und ihre Bezahlbarkeit völlig unberücksichtigt.
- II. Der Vorschlag eines maximal unkonkret formulierten CO<sub>2</sub>-Einsparungsansatzes als Ersatz für die 65%-Erneuerbare Regel wäre in der Praxis **hochkomplex** umzusetzen. Die Folge: ein **unlesbarer**

---

<sup>1</sup> [Aktuelle Treibhausgas-Projektionen | Umweltbundesamt](#)

**Investitionsrahmen für Wirtschaftsakteure und Haushalte** und Fristen, die faktisch so weit hinausgeschoben werden könnten, dass die notwendige Transformation unmöglich wird. Tatsächlich zielt dieser unkonkrete Ansatz darauf ab, die Bemühungen zur Dekarbonisierung zugunsten einer Fortführung der Gasnutzung schönzurechnen.

- III. Diese Vision der Wärmewende wird zu **steigenden und sich überlagernden Kosten** führen, indem sie auf illusorische, teure und kaum verfügbare Energieträger setzt, die Verbraucherinnen und Verbraucher in die Kostenfalle bringen würde. Die finanzielle Belastung der **Mietenden**, die rund 60 % der Bevölkerung ausmachen und keinen Einfluss auf die Wahl der Heizungsanlage haben, wird dabei weitgehend ignoriert.

Kurz: Folgt die GEG-Novelle diesen Vorschlägen, droht sie zu einem politischen Projekt zu werden, das Klimaschutz verwässert, Investitionssicherheit zerstört und Haushalte systematisch überfordert.

## 1. Gasnetze erhalten: Was hinter dem Mythos steckt

### Kerninhalte:

- Die Einspeisung von Wasserstoff in das Gasnetz ist ein komplexer Prozess, dessen zahlreiche technische Voraussetzungen einen großflächigen Einsatz verhindern.
- Biogas muss zu Biomethan aufbereitet werden, bevor es in die Gasnetze eingespeist werden kann, was ein kostenintensiver Prozess ist.
- Die Produktionskapazitäten von Biogas sind zu begrenzt, um eine Lösung in großem Maßstab für die Wärmeversorgung zu sein.
- Da „Grüne Gase“ vor allem in der Industrie und im Stromsektor benötigt werden, ist ein Einsatz in Haushalten und damit in Verteilnetzen ein falsches Versprechen.
- Alle neuen Gasheizungen – einschließlich Hybridheizungen, sofern sie nicht als Übergangslösungen gedacht sind – stellen *Stranded Assets* dar und zementieren die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen (fossiles Lock-In) und deren Lieferanten.
- Zwischen den Zeilen opfert das Positionspapier den Verbraucherschutz zugunsten der Rettung der Gasinfrastruktur.

Der zentrale Punkt des Papiers wird von der Gas- und Wasserstoffwirtschaft wortwörtlich dargelegt: *„Weiternutzung der Gasnetze muss Teil der Lösung sein“* (Ansatz 4). Netze sind immer nur Mittel zum Zweck. Um eine sichere, kostengünstige und klimafreundliche Energieversorgung sicherzustellen, werden Gasverteilnetze langfristig jedoch nicht mehr benötigt. Angesichts des existenziellen Risikos für ihr Geschäftsmodell versucht die Gas- und Wasserstoffwirtschaft nun alles, um die Gasinfrastruktur so weit wie möglich zu erhalten.

Um dieses Eigeninteresse zu legitimieren, verspricht sie die Dekarbonisierung der Gasnetze; konkret wird das durch eine massive Steigerung der Nachfrage nach grünen Gasen für die Wärmeversorgung angestrebt. **Umfangreiche Hindernisse für eine massive Nutzung dieser grünen Gase im Gasnetz** bleiben geschickt unberücksichtigt, ebenso wie die **Schwierigkeit, diese Alternativen in großem Maßstab und bezahlbar zu produzieren**. Indem den Haushalten scheinbar die Wahl gelassen wird, sich für eine Gas-

heizung zu entscheiden, schlägt diese Forderung in Wirklichkeit einen Bogen um den Verbraucherschutz. Somit versucht die Gaswirtschaft, sich der Verantwortung für die Dekarbonisierung zu entziehen und die Kosten für den Erhalt des Gasnetzes auf intransparente Weise auf die Haushalte abzuwälzen.

### 1.1. Dekarbonisierte Gasnetze sind eine Fiktion

Das **Gasverteilnetz hat in der Wärmeversorgung keine wirtschaftliche Zukunft**. Effiziente Alternativen wie Wärmepumpen werden dominieren, weshalb Klimaneutralitätsszenarien von **einer Stilllegung von etwa 90 % der Gasverteilnetze** ausgehen.<sup>23</sup> Die EU-Gasbinnenmarkttrichtlinie verlangt von Netzbetreibern bereits Stilllegungspläne. Alternativen wie Biomethan (aktuell nur ca. 1 % des deutschen Gasbedarfs) und Wasserstoff (hauptsächlich für die Industrie benötigt) können fossiles Gas nicht ersetzen.<sup>4</sup>

Darüber hinaus verhindern technische Einschränkungen den Ausstieg aus fossilem Gas. Solange das Netz den Einbau neuer Gasheizung an wahllosen Punkten zulässt, **muss** das bestehende Netz weiterhin **überwiegend mit fossilem Gas** betrieben werden, da die Leitungen aufgrund technischer Anforderungen weitgehend ausgelastet sein müssen. Dies führt unweigerlich zu einem **fossilen Lock-in** der angeschlossenen Verbraucher.

Es ist bemerkenswert, dass die im Ansatz 4 des Forderungspapiers vorgeschlagene Grüngasquote, die angeblich den Markthochlauf unterstützen soll, **bereits den Umgang mit einer Nichterfüllung vorsieht**. Das Konzept ist mit selbst erfundenen Strafzahlungen verknüpft, die das Risiko einer Fehlinvestition direkt auf die Verbraucher:innen abwälzen sollen.<sup>5</sup>

### 1.2. "Grüne" Gase im Technik-Check

*Wasserstoff: hochkomplex und ineffizient*

Die Organisation der Wärmeversorgung mit Wasserstoff ist völlig realitätsfern. Theoretisch können zwar bis zu 20 % Wasserstoff ins Gasverteilnetz eingespeist werden. In der Praxis hängt es jedoch von den angeschlossenen Abnehmern ab: Sobald Abnehmer im Verteilnetzabschnitten keine Wasserstoffbeimischung vertragen, kann dort kein Wasserstoff genutzt werden.<sup>6</sup> Zudem erweist sich diese Lösung als wenig effizient. Eine Beimischung von **20 Volumenprozent Wasserstoff ersetzt energetisch weniger als 7% des Erdgases**. Entsprechend gering fällt die CO<sub>2</sub>-Minderungswirkung aus. **Eine Anrechnung** von Wasserstoff, wie im Papier impliziert, wäre dementsprechend **vorwiegend bilanziell möglich**, was eine reale Dekarbonisierung verhindert.

*Biomethan: kostenintensive und ineffiziente Aufbereitung*

Nur reines Biomethan kann ins Gasnetz eingespeist werden. Um Biomethan zu gewinnen, muss Biogas aufwendig und teuer gereinigt werden. Biogas kann hingegen ohne Aufbereitung und Gasnetzanschluss

<sup>2</sup> [Studie: Ein neuer Ordnungsrahmen fuer Erdgasverteilnetze | Agora Energiewende](#)

<sup>3</sup> [Szenarienreport: Deutschland auf dem Weg zur Klimaneutralität 2045 Szenarien und Pfade im Modellvergleich | Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung \(PIK\) e.V.](#)

<sup>4</sup> [Factsheet Biogas | BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. \(BDEW\)](#)

<sup>5</sup> [Positionspapier Grüngasquote | Gas- und Wasserstoffwirtschaft, GW Wirtschafts GmbH](#)

<sup>6</sup> [Studie: Heizen mit Wasserstoff kann Kosten mehr als verdoppeln | Greenpeace Deutschland, Gaswende](#)

schon zur Stromerzeugung genutzt werden. Nutzt man diesen Strom, um eine Wärmepumpe zu betreiben, umgeht man teure Investitionen in fossile Infrastruktur und erhält **mehr Wärmeenergie als bei der Verbrennung von Biomethan** in einer Gasheizung.<sup>7</sup>

Darüber hinaus stehen viele Biogasanlagen auf landwirtschaftlichen Betrieben fern ab vom Gasnetz. Ein Anschluss dieser Anlagen bedeutet weitere Investitionen der Verteilnetzbetreiber in Milliardenhöhe, der dann unter den Bedingungen des Fachkräftemangels auch praktisch realisiert werden muss.

#### *Biogas: überschätztes nachhaltiges Potenzial*

Damit Biogas tatsächlich eine nachhaltige Rolle übernehmen kann, braucht es einen konsequenten Wandel **weg von energiepflanzenbasierten Substraten hin zu Rest- und Abfallstoffen**. Andernfalls riskieren wir, die Klimaziele im Agrarsektor zu verfehlen.<sup>8</sup>

Zur Deckung des Bedarfs enthält das Papier den Vorschlag Importe, beispielsweise aus der Ukraine, heranzuziehen (Ansatz 4). Herkunftsländer benötigen aber ihre erneuerbaren Reststoffe für die eigene Dekarbonisierung. Zudem zeigen die Erfahrungen mit handelbaren Herkunftsnachweisen im Stromsektor, dass von dem System überwiegend Bestandsanlagen profitieren und kein weiterer Ausbau erneuerbarer Energien angereizt wird.

Außerdem verschweigt das Papier, dass **Biogas nicht per se nachhaltig ist**. Im Absatz 2 wird der Maisdeckel kritisiert, der den übermäßigen Anbau der Maismonokulturen begrenzt. Dies verhindert Bodendegradation und erhöhten Flächendruck, da sonst ökologische Belastungen zunehmen und Nachhaltigkeitsziele unterlaufen werden. Schutzparagrafen wie diesen zu streichen, unterläuft Klima- wie Umweltschutz.

#### *Hybridheizung: Zweckentfremdung einer Übergangslösung*

Die Autoren des Papiers fordern die Möglichkeit, kleinere Wärmepumpen in Hybridsystemen einzubauen. Das Hybrid-System an sich stellt eine legitime Übergangslösung für die schrittweise Umstellung auf 100 % erneuerbare Energien dar, sobald eine Sanierung abgeschlossen ist, die es erlaubt, die gesamte Wärmeversorgung durch die Wärmepumpe zu übernehmen. Die geforderten kleineren („Alibi“-)Wärmepumpen verfolgen hingegen einen anderen Zweck: **Sie verhindern die Etablierung echter Übergangslösungen und zementieren die fossile Gasabhängigkeit der Haushalte**.

### **1.3. Ungerechte Lastenverteilung und fehlender Konsumentenschutz**

Aktuell müssen Netzbetreiber Eigentümerinnen und Eigentümer entschädigen, wenn die angekündigte Dekarbonisierung nicht umgesetzt wird. Das Papier fordert, diese Verantwortung abzuschaffen. Entgegen jeglichem Verbraucherschutz sollen **die Netzbetreiber sich damit ihrer Verantwortung für die Nichterfüllung der Dekarbonisierung entziehen**, was inakzeptabel ist.

Auch die vorgeschlagene Grüngasquote würde Haushalte stark belasten, gerade Mietende ohne Einfluss auf ihre Heizung, würden den Wasserstoffhochlauf für die Industrie bezahlen. Mit der Einführung einer solchen Quote könnten die finanziellen Belastungen für Haushalte um bis zu ein Viertel steigen.<sup>9</sup>

<sup>7</sup> Berechnung Annahme: BHKW elektrischer Wirkungsgrad: 38%; Wärmepumpe JAZ: 3–4; Umwandlung Biogas zu Biomethan: 60%; Biomethan thermischer Wirkungsgrad: 99,7%

<sup>8</sup> [Hintergrundinformationen NABIS 2 | Öko-Institut e.V., Thünen-Institut für Marktanalyse, Thünen-Institut für Waldwirtschaft, Deutsches Biomasseforschungszentrum \(DBFZ\), Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung \(UFZ\)](#)

<sup>9</sup> [Factsheet Gruengasquote Einordnung für die 21. Legislaturperiode | Agora Energiewende](#)

Schließlich fordert das Papier das Streichen von Verbraucherschutz durch die Abschaffung der *“verunsichernden Pflichtberatung”* (Absatz 3). Die Pflichtberatung stellt aktuell sicher, dass Haushalte über die Risiken von fossilen Heizungen informiert werden und Fehlinvestitionen vermieden werden können. Ihre Abschaffung würde Fehlinformationen und die Verlängerung fossiler Abhängigkeiten begünstigen. Genau diese Intransparenz scheint jedoch das Ziel des Papiers zu sein.

## 2. Wie der Äquivalenz-Ansatz fossile Heizungen rettet – und die Bezahlbarkeit der Wärmewende und die Klimaziele gefährdet

Der vorgeschlagene Äquivalenz-Ansatz soll die 65%-Erneuerbare-Regel ersetzen und die Bewertung von Gebäuden über einen degressiven CO<sub>2</sub>-Einsparpfad auf Basis des Primärenergiebedarfs ermöglichen. Aus Umwelt- und Verbraucherschutzsicht ist dieser Ansatz fachlich falsch konstruiert, politisch riskant und wirtschaftlich gefährlich, weil er Klimaschutz **im Rechenmodell statt real im Gebäude** erzeugt.

### 2.1. Primärenergie ≠ CO<sub>2</sub>-Emissionen

Kernproblem des Ansatzes ist die Annahme, der Primärenergiebedarf bilde die „Gesamtemissionen“ eines Gebäudes ab. Das ist fachlich nicht haltbar. Primärenergie beschreibt nur den berechneten Energiebedarf inklusive vorgelagerter Verluste, **nicht aber die realen Emissionen**, die im Heizkessel entstehen. Damit bleiben zentrale Faktoren unberücksichtigt:

- die tatsächlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen fossiler Heizsysteme,
- die im Alltag oft höheren Brennstoffverbräuche,
- Lebenszyklusemissionen von Technik und Baustoffen.

Der Ansatz vermischt somit **Effizienz** mit **Emissionsvermeidung** und erzeugt ein verzerrtes Bild der Klimawirkung.

### 2.2. Warum der Ansatz fossile Heizungen „klimaneutral rechnet“

Durch Dämmung, Fenstertausch oder technische Optimierungen entstehen Primärenergie-Gutschriften, die die Berechnung stark beeinflussen. Ein Gebäude kann so die Zielwerte erfüllen, **obwohl die fossile Heizung unverändert weiterbetrieben wird**.

Die reale CO<sub>2</sub>-Bilanz des Gebäudes ändert sich kaum, die rechnerische hingegen stark. Effizienzmaßnahmen werden dadurch **zu einer Art Ersatzhandlung**: Sie ermöglichen rechnerische Zielerfüllung, ohne dass erneuerbare Wärmeerzeugung notwendig wird. Das schwächt den notwendigen Umstieg auf Wärmepumpen, Wärmenetze oder andere erneuerbare Lösungen erheblich.

### 2.3. Lock-in-Effekte und strukturelle Klimarisiken

Weil fossile Heizungen mit Effizienzmaßnahmen kombinierbar bleiben, entstehen starke Lock-in-Effekte:

- Eigentümerinnen und Eigentümer investieren in Dämmung statt in erneuerbare Heizungstechnik, obwohl beides notwendig ist.
- Jede weitere Investition macht den späteren Umstieg teurer und unwahrscheinlicher und somit wird die Abhängigkeit von fossiler Infrastruktur verlängert.

Der vorgeschlagene degressive CO<sub>2</sub>-Pfad verstärkt dieses Problem, weil er erneut auf Primärenergiewerten basiert und reale Emissionen nicht sichtbar macht. Damit entsteht ein System, das **formale Zielerfüllung ermöglicht**, während der tatsächliche CO<sub>2</sub>-Ausstoß hoch bleibt. Die Folge ist eine **strukturelle Verfehlung der Klimaziele**.

#### 2.4. Risiken für Verbraucherinnen und Verbraucher

Der Ansatz vermittelt Haushalten fälschlich, dass sich fossile Heizungen dauerhaft durch Effizienzmaßnahmen „kompensieren“ ließen. Das führt zu:

- Teuren Fehlinvestitionen, weil später, mit verschärften Klimaschutzvorgaben, trotzdem auf erneuerbare Wärme umgestellt werden muss und zuvor getätigte Maßnahmen ihren Wert verlieren.
- Steigenden Kosten für den fossilen Weiterbetrieb, da der CO<sub>2</sub>-Preis kontinuierlich ansteigt und Gas- bzw. Ölheizungen dadurch Jahr für Jahr teurer werden.
- Geringerer Planungssicherheit, weil unklar bleibt, welche realen Emissionen ein Gebäude verursacht und welche Anforderungen künftig tatsächlich gelten.

#### 2.5. Fazit

Der Äquivalenz-Ansatz ist kein Instrument zur Beschleunigung der Wärmewende, sondern ein Modell, das fossile Heizungen über Jahrzehnte weiter erhaltbar macht. Er verschiebt Klimaschutz ins Rechensystem, erzeugt Fehlanreize, gefährdet die Klimaziele und führt Verbraucherinnen und Verbraucher in finanzielle Sackgassen. Der Vorschlag ist maximal unkonkret formuliert, lässt großen Interpretationsspielraum und würde eine umfassende Neugestaltung des GEG erfordern, was mit langen Diskussionen über die konkrete Umsetzung einhergehen würde. Dies führt zu Attentismus und Verunsicherung bei allen Beteiligten.

Nach einem irreparablen Ausfall einer fossilen Heizung muss künftig die 65%-Regel erfüllt werden. Reparaturfähige Gas- oder Ölheizungen, die vor 2024 installiert wurden, können bis 2045 weiter betrieben werden. Nach einem endgültigen Ausfall gilt eine Übergangsfrist von fünf Jahren, innerhalb derer ein fossiles Ersatzsystem noch eingebaut und betrieben werden kann. Das ist ausreichend Zeit, um den Umbau zu einer regenerativen Alternative zu ermöglichen.

### 3. Bezahlbarkeit? Ein trügerisches Versprechen

#### Kerninhalte:

- Wärmepumpen funktionieren auch im Gebäudebestand zuverlässig und kosteneffizient.
- Wasserstoff- und Gasheizungen sind über die Lebensdauer teurer als Wärmepumpen und Fernwärme.
- Durch die prognostizierte Steigerung der Gasnetzentgelte werden Gasheizungen zunehmend zur Kostenfalle.
- Auf Gasheizungen zu setzen, ist besonders ungerecht für Mietende, die keinen Einfluss auf ihr Heizsystem haben und sämtliche Heizkosten tragen.

- Nur eine Wärmewende, die die Stilllegung der Gasinfrastruktur antizipiert, kann sozialverträglich und zukunftsfähig sein.

Das Papier suggeriert, die Bezahlbarkeit der Wärmewende sei durch *“individuell passende, technologie-neutrale Erfüllungsformen, die das komplette Gebäude einbezieht und effektive Zwischenschritte bei der Teilsanierung ermöglichen”* zu erreichen. Damit wird der Mythos befeuert, die Wärmepumpe funktioniere im Gebäudebestand nicht, und gleichzeitig der zentrale Faktor der Betriebskosten ausgeblendet. Gerade bei den vorgeschlagenen Lösungen werden diese Betriebskosten verschwiegen. Das ist besonders problematisch für Mietende, die die Heizkosten tragen müssen, ohne Einfluss auf die Wahl der Heiztechnik zu haben.

### 3.1. Irreführende Fakten zu dekarbonisierten Heizungen

Der Mythos, dass Wärmepumpen nur im Neubau funktionieren, ist längst durch den technologischen Fortschritt überholt. Zahlreiche Studien, wie etwa die des Forschungsprojekts des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme (ISE) aus dem Jahr 2025, zeigen, dass **Wärmepumpen auch im Gebäudebestand effizient und zuverlässig arbeiten**.<sup>10</sup>

Allein anhand der Investitionskosten zu schließen, dass die Wärmepumpe nicht kosteneffizient ist, übersieht, dass die Bezahlbarkeit der Wärmewende maßgeblich von den Betriebskosten über die Lebensdauer bestimmt wird. In dieser Hinsicht zeigt die Ariadne-Analyse (2024) des Kopernikus-Projekts des BMFTR, dass unter Berücksichtigung von Anfangsinvestition und Betriebskosten **alle Gasheizungen über den Lebenszyklus teurer sind als Wärmepumpen** und Fernwärme, selbst in unsanierten Mehrfamilienhäusern.<sup>11</sup>

### 3.2. Verschweigen der Gesamtkosten von Gas- und Wasserstoffheizungen

**Betriebskosten für Wasserstoffheizungen sind sehr hoch.** Eine Berechnung des Fraunhofer IEG und ISI im Auftrag von Greenpeace und GasWende zeigt, dass **Wasserstoffheizungen die Heizkosten gegenüber Gasheizungen bis 2035 um 74–172 % (21,4–33,3 ct/kWh) steigern**.<sup>12</sup> Hauptkostentreiber ist die Erzeugung; Transport, Speicherung und Verteilung treiben die Kosten zusätzlich in die Höhe. Verträge mit ausreichend Biomethan, um die 65%-Vorgabe für erneuerbare Wärme nach GEG zu erfüllen, liegen deutlich über dem Preisniveau der Erdgastarife.<sup>13</sup> Da **Biogas auch in der Industrie stark nachgefragt wird** ist davon auszugehen, dass auch hier die Preise deutlich anziehen werden.

Alle Heizsysteme, die weiter auf die Gasinfrastruktur setzen, sind ein echtes Kostenfalle-Versprechen: Mit sinkender Anschlusszahl steigen die Netzentgelte stark, da die verbleibenden Kund:innen die Netzkosten allein tragen. Laut einer Agora-Energiewende-Studie von 2023 könnten sie bis 2044 auf das Sechzehnfache steigen.<sup>14</sup> Auch die Kosten der Netzstilllegung werden auf die verbleibenden Haushalte umgelegt.

<sup>10</sup> [Forschungsprojekt: Wärmepumpen heizen auch im Altbau klimafreundlich | Fraunhofer ISE](#)

<sup>11</sup> [Analyse: Heizkosten und Treibhausgasemissionen in Bestandswohngebäuden - Aktualisierung auf Basis der GEG-Novelle 2024 | Ariadne](#)

<sup>12</sup> [Studie: Heizen mit Wasserstoff kann Kosten mehr als verdoppeln | Greenpeace Deutschland, Gaswende](#)

<sup>13</sup> [Biogastarife sind deutlich teurer als herkömmliches Gas – Wärmepumpen können sich schneller rechnen](#)

<sup>14</sup> [Studie: Ein neuer Ordnungsrahmen für Erdgasverteilnetze | Agora Energiewende](#)

### 3.3. Bezahlbarkeit für Mietende vollständig ausgeblendet

Mietende, die rund 60 % der Bevölkerung ausmachen, tragen die Heizkosten langfristig. Da Gasheizungen, und insbesondere Wasserstoff- oder Biogaslösungen, über die Lebensdauer teurer sind und hohe Betriebskosten verursachen, geht der Vorschlag des Papiers völlig an der sozialen Gerechtigkeit vorbei: **Die Technologieneutralität, die Vermietende bei der Installation einer Heizungsanlage genießen sollen, führt in der Praxis dazu, dass Mietende in der Kostenfalle sitzen.**

Ein Ansatz für eine sozialverträgliche Wärmewende wäre, den **massiven Ausbau von emissionsfreie Wärmesystemen zu fördern**, die beim Betrieb die kostengünstigste Lösung darstellen. Dazu gehören vor allem Wärmepumpen. Um einen echten Hochlauf der Wärmepumpen zu erreichen, sollten **Investitionen nicht auf Scheinlösungen zersplittert, sondern gezielt eingesetzt werden, um einen verlässlichen Markt für solche Zukunftstechnologien zu schaffen.** Auch der bestehende und von den Akteuren bereits gut angenommene ordnungsrechtliche Rahmen sollte beibehalten werden, da er bereits dazu geführt hat, dass die Wärmepumpe im ersten Halbjahr 2025 die Gasheizung bei den Installationszahlen überholt hat.

Stand: 18.11.2025



#### Deutsche Umwelthilfe e.V.

Bundesgeschäftsstelle Radolfzell  
Fritz-Reichle-Ring 4  
78315 Radolfzell  
Tel.: 0 77 32 9995-0


Bundesgeschäftsstelle Berlin  
Hackescher Markt 4  
Eingang: Neue Promenade 3  
10178 Berlin  
Tel.: 030 2400867-0

#### Ansprechpartnerin

Paula Brandmeyer  
Stellvertretende Bereichsleiterin  
Energie und Klimaschutz  
E-Mail: brandmeyer@duh.de

Patrick Biegon  
Referent  
Energie und Klimaschutz  
Tel.: +49 171 1260501  
E-Mail: biegon@duh.de

[www.duh.de](http://www.duh.de) [@ info@duh.de](mailto:info@duh.de)     [umwelthilfe](https://www.instagram.com/umwelthilfe)

 Wir halten Sie auf dem Laufenden: [www.duh.de/newsletter-abo](http://www.duh.de/newsletter-abo)

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. ist als gemeinnützige Umwelt- und Verbraucherschutzorganisation anerkannt. Wir sind unabhängig, klageberechtigt und kämpfen seit über 40 Jahren für den Erhalt von Natur und Artenvielfalt. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende: [www.duh.de/spenden](http://www.duh.de/spenden)

Transparent gemäß der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Ausgezeichnet mit dem DZI Spenden-Siegel für seriöse Spendenorganisationen.



Initiative  
Transparente  
Zivilgesellschaft

